

# Die Gesellschaft muss reagieren

Jugendgewalt ist ein Problem – darin waren sich die fünf Jungpolitiker gestern Abend einig. Auseinander gingen die Meinungen bei den Lösungsansätzen. Rund 80 Personen verfolgten die Diskussion.

Seraina Sattler

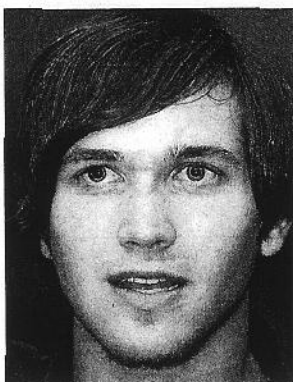
Auf dem Podium im Forum Riedwies diskutierten gestern Abend fünf Jungpolitiker zwischen 18 und 24 Jahren unter der Gesprächsleitung von Andreas Schürer, stellvertretender Chefredaktor der Zürichsee-Zeitungen, über Ausmass, Ursachen von und mögliche Massnahmen gegen Jugendgewalt. Fachleute, Schulvertreter und weitere Politiker flankierten das Podium und nahmen immer wieder Stellung zu einzelnen Fragen. Dass Jugendgewalt ein ernsthaftes Problem ist – darin waren sich die Jungpolitiker einig. Fabian Haas (CVP), Fabian Weber (SVP), Alain Schreiner (FDP), Marco Geissbühler (SP) und Nicolas Zogg (Grüne) haben körperliche Gewalt zum Teil am eigenen Leib erlebt und konnten von ihren eigenen Erfahrungen berichten.

«Konflikte sind normal. Die Frage ist doch, wie man damit umgeht», sagte Nicolas Zogg. Und da zeige sich, dass Jugendliche zu immer brutaleren Handlungen bereit seien. Fabian Haas doppelte mit statistischen Zahlen nach, die belegen sollen, dass verbale Gewalttaten insgesamt zurückgegangen sind, physische hingegen «senkrecht nach oben zeigen». Die Wahl der richtigen Statistiken führte zu Diskussionen, bis Marco Geissbühler klarstellte, dass für ihn Jugendgewalt bereits ein Problem wäre, wenn es im ganzen Kanton Zürich nur einen einzigen Fall gäbe. «Jugendgewalt ist weniger wegen der Anzahl Fälle ein Problem als vielmehr wegen der Intensität, die zugenommen hat.»

## Zivilcourage gefordert

Auch auf die möglichen Ursachen für die Gewaltbereitschaft vieler Jugendlicher angesprochen, waren sich die Jungpolitiker im Grundsatz erstaunlich schnell einig. «Schlimm ist, dass Gewalt zur Lösung von Problemen anscheinend immer normaler wird – und Straftaten nicht einmal mehr angezeigt werden», sagte etwa Alain Schreiner. «Ja, viele schauen weg», gab ihm Nicolas Zogg Recht, «da müssen wir uns alle selbst an der Nase nehmen.» Fabian Haas erinnerte daran, dass nicht nur Jugendliche nichts unternehmen würden, wenn in der Öffentlichkeit Gewalttaten verübt würden, sondern auch viele Ältere. «Kürzlich gab es vor dem Bus ein Geräuße – und der Busfahrer hat nichts dagegen getan.» Haas, der in Stäfa offenbar öfter Zeuge von Jugendgewalt wird, forderte mehr Polizeipräsenz.

Gesprächsleiter Andreas Schürer gab den Ball weiter an Fabian Weber. Auch



Fabian Haas, CVP, Stäfa. (Foto Schneider)



Fabian Weber, SVP, Uetikon.



Alain Schreiner, FDP, Männedorf.



Marco Geissbühler, SP, Hombrechtikon.

### Jugend und Politik

Interessieren sich die Jugendlichen rund um den Zürichsee für Politik? Was halten Junge von den Politikerinnen und Politikern? Welche Themen beschäftigen sie? Diesen und ähnlichen Fragen ging die «Zürichsee-Zeitung» in der Artikelserie «Jugend und Politik» nach. Mit den hier abgedruckten Texten zum Podium in Uetikon wird die Serie abgeschlossen (zsz)

Bereits erschienene Artikel der Serie im Internet: [www.zsz.ch](http://www.zsz.ch), Kubrik Dossier.



Nicolas Zogg, Grüne, Meilen.

dieser forderte in erster Linie mehr Zivilcourage. «Natürlich befürworte ich auch mehr Polizeipräsenz – doch das Problem fängt viel früher an. Wir müssen die Jungen dazu bringen, dass sie erkennen, dass Gewalt nicht der richtige Weg ist.»

«Es kann nicht sein, dass an jeder Ecke ein Polizist steht», meinte auch Nicolas Zogg. Der Grüne ortet die Ursache der zunehmenden Jugendgewalt im Freiraum, der den Jungen heute fehle. «Der Druck nimmt in Schule und Freizeit zu, viele finden keine Lehrstelle mehr irgendwo muss die Luft raus.» Armut, fehlende Lehrstellen, fehlende Krippenplätze für Kinder von Eltern, die beide arbeiten müssen und ihre Kinder sonst sich selbst überlassen würden, sind für Marco Geissbühler Faktoren, die zu Jugendgewalt führen können.

Ein grosses Thema war gestern

Abend die Ausländerfrage. «Die SVP sagt, die Ausländer seien ein wichtiger Teil des Problems», richtete sich Moderator Andreas Schürer an Fabian Weber, «macht es sich, ihre Partei damit nicht ein bisschen einfach?» Nein, antwortete Weber. «Es gibt tatsächlich viele Ausländer, die Probleme machen.» Viele würden, so Fabian Weber, nichts anderes kennen, als bei Problemen mit Fäusten aufeinander loszugehen. Weber erwähnte Lösungsansätze wie den Entzug des Bürgerrechtes und die Ausweisung des straffällig gewordenen Jugendlichen oder in extremen Fällen der ganzen Familie.

## Ausländer fördern und fordern

Nachdem Marco Geissbühler die Idee von Fabian Weber als «Scheiniösungen», die an den Ursachen vorbeiziefen betitelt hatte, warf Fabian Haas die Lo-

sung «fördern und fordern» in die Runde. «Wir müssen als Erstes bei der Integration ansetzen, doch wer sich nicht integrieren lässt, soll ausgewiesen werden», meinte auch Alain Schreiner. Nicolas Zogg gab seinen Gesprächspartnern insoweit Recht, als auch er fand, Regeln, die in der Schweiz galten, müssten durchgesetzt werden. Die Ausschaffung eines Ausländers sei jedoch ein Armutszugnis. «Das bedeutet doch: Wir wissen nicht mehr weiter.» Die Schweiz habe genügend Ressourcen, um ein Problem wie Jugendgewalt anzugehen.

Fabian Weber appellierte daran, die Eltern wieder vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Der Kleinkinderzieher in Ausbildung betonte, die Eltern seien und blieben die ersten Bezugspersonen für Kinder und deshalb in erster Linie verantwortlich für deren Erziehung.

# «Die Hemmschwelle ist gesunken»

Was tun gegen Jugendgewalt, und wo liegen die Ursachen? Am Podium der «Zürichsee-Zeitung» wurde auch im Plenum intensiv diskutiert.

«Es gab auch früher Schlägereien unter Jugendlichen – ein wichtiger Unterschied zu heute besteht aber darin, dass die Gewalt intensiver und brutaler geworden ist», sagte Thomas Basler, stellvertretender Leiter des Jugenddienstes der Kantonspolizei Zürich. Baslers Feststellung fand gestern bei Zuschauern und Teilnehmern des Podiums durchs Band Bestätigung. So berichtete beispielsweise ein Jugendlicher davon, dass ihm bei einem Übergang in Zürich vier Zähne ausgeschlagen wurden – und der selbe Jugendliche Täter ihm danach noch das Portemonnaie wegnahm. Derartige Probleme gibt es weniger an der Schule. «Wir hier an der Schule Uetikon haben kein Gewaltproblem», betonte der Uetiker Gesamtschulleiter Stefan Hunger. Unwohl fühlen sich viele Jugendliche, aber offenbar wenn sie

abends oder nachts in den Strassen unterwegs sind. Gewalt werde vor allem durch Gruppen ausgeübt, erzählte Thomas Gubser, Mitglied des Schülerparlaments der Oberstufe Uetikon. So gebe es bekannte Feindschaften zwischen Jugendlichen aus Männedorf und Stäfa, die sich auch immer wieder in Schlägereien entladen würden. Ein neues Phänomen sei auch die Gewaltanwendung unter Mädchen. «Das hatten wir früher in dieser Form nicht», sagte Brigitta Peter, Leiterin des Jugendsekretariats Meilen. Ein Wort der Vernunft ergriff Rolf Heuberger, Präsident des Jugendforums Schweiz. Er betonte, man dürfe sich bei der Diskussion rund um die Jugendgewalt nicht zu sehr auf Kriminalstatistiken verlassen. «Dafür gibt es einfach zu viele Studien und Statistiken, die sich widersprechen.»

## Ausschaffung als Mittel?

«Die Hemmschwelle ist gesunken», meinte auch Olivier Audenauert, Psychologe vom Sarnowar, Jugendberatung Meilen. Man dürfe sich aber nicht dazu verleiten lassen, nach simplen Erklärungen zu suchen. «Hinter jeder Ge-

walttat stehen komplexe Entwicklungen – schlechte Integration von ausländischen Jugendlichen, fehlende Bildung, familiäre Probleme und nicht zuletzt un gute gesellschaftliche Entwicklungen», fasste Andermatt zusammen. Bei gewalttätigen Jugendlichen laufe oftmals im Elternhaus etwas schief. «Wir kommen nur zum Ziel, wenn es uns gelingt, auch die Eltern dieser Jugendlichen zu erreichen», betonte deshalb Dorothea Mantel (SP). Ein Mittel für sie: Obligatorische Elternabende an den Schulen. Eher umstritten war gestern ein Vorschlag von der SVP eingebrachter Vorschlag. Straffällige ausländische Jugendliche sollten demnach wenn nötig mitsamt der Familie ausgeschafft werden. So könne man effektiver gegen die kleine Gruppe von Tätern vorgehen, welche die grössten Probleme verursache, meinte Oskar Bachmann (SVP). Anderer Meiner (Grüne): «Wir müssen wegkommen von der Symptombekämpfung. Viel wichtiger ist es, den Jugendlichen Ziele und Sinn zu vermitteln.» Notwendig seien aber auch Investitionen in präventive Bereiche wie die Jugendarbeit an Schulen. (mst)